

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

erschient wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Gause  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Ristelstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8300. — Postcheckkonto Stuttgart 4803.

Anzeigengebühr  
für die sechsgespaltene Kolonelleise 5 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Der Krieg im Osten

Fußt zu der Zeit, wo sich der Weltkrieg zum sechsten Male jährt, tritt der Krieg zwischen Rußland und Polen in ein Stadium, wo es die Pflicht gebietet, dazu Stellung zu nehmen. Der Kampf des sozialistischen Proletariats Rußlands gegen den Staat der polnischen Reaktionskräfte hatte ja von Anfang an nicht nur lokales Interesse, sondern weit darüber hinaus verfolgte die gesamte Kulturwelt das gigantische Ringen. Nun, da die Heere der Sowjetrepublik den feindlichen Angriff der machthungrigen Polen nicht nur abgewehrt, sondern in kühnem Elan diesen Gegner militärisch in kurzer Zeit vollständig erledigt, entsteht eine neue Situation, die die bringende Aufmerksamkeit des gesamten Proletariats erheischt.

Die kapitalistischen Staaten Europas stehen auf dem Sprunge, in diesen Kampf einzugreifen. Sie wissen, was der Sieg der sozialistischen Republik bedeutet! Der endgültige Sieg Rußlands verfehlt die proletarische Revolution aller Länder in ein neues Stadium, färdt die Widerstandskraft der internationalen Arbeiterklasse und rollt in vollem Umfange Probleme auf, die für die Weltrevolution von weittragender Bedeutung sind. Eine nach sozialistischen Zielen strebende bewaffnete Proletariatsmacht, hinter der die gewaltigen Machtmittel eines großen Staatswesens stehen, ist ein Menetekel für die Völkerverderber aller Länder, das sie in Angst und Schrecken versetzt. Nicht um die Integrität Polens zu erhalten, geht es den Herrschenden, o nein! Dort im Osten wird von den Heeren Rußlands der Schwamm niedergeworfen, der von den feindlichen Diplomaten der kapitalistischen Staaten aufgebaut wurde zum Schutze gegen die rote Flut, die von Rußland aus ganz Europa zu überschwemmen droht.

Sannibal steht vor den Toren der kapitalistischen Zwingburgen! Da ist es denn kein Wunder, wenn sich die vor kurzem noch feindlichen Brüder zu einheitlichem Tun zusammenschließen. Schon meldet die Tagespresse, daß der englische Kriegsminister Churchill allen Ernstes ein gemeinsames militärisches Vorgehen Englands und Deutschlands gegen das sozialistische Rußland ins Auge faßt. Deutschland soll zum Aufmarschgebiet der internationalen Reaktion gegen Rußland gemacht werden. Von hier aus sollen sich die Heere der kapitalistischen Staaten in Bewegung setzen, um den verhassten Drachen Sozialismus, der kühn und trotzig im Osten sein Haupt erhebt, zu vernichten. Und so wäre es denn keineswegs ausgeschlossen, daß der hohe Rat der Alliierten eines Tages beschließen sollte, Deutschland zur Operationsbasis gegen Rußland zu machen. Dieser Gefahr gilt es ins Auge zu sehen!

Schon rollen Munitionszüge durch Deutschland, schon legen ausländische Schiffe mit Kriegsmaterial in deutschen Häfen an, schon werden Panzerautos und sonstiges Kriegsmaterial in deutschen Munitionsfabriken verladen. Mit Benützung soll hier registriert werden, daß die Eisenbahnen der Beschluß gefaßt haben, keine Munitionszüge zu befördern, daß die Hafenarbeiter in allen Hafenstädten sich weigern, Schiffe zu entladen, deren Ladungen gegen Rußland bestimmt sind. Daß unsere Kollegen in den Munitionsfabriken es entschieden ablehnen, Kriegsmaterial anzufertigen, das gegen Rußland verpackt werden könnte, ist für uns ohne weiteres selbstverständlich. Wir ersuchen unsere Kol-

legen, auf dem Posten zu sein! In einer Automobilfabrik Süddeutschlands sollten in diesen Tagen Panzerautomobile verladen werden. Auf die Frage des Betriebsrats, wofür dieselben bestimmt seien, wurde erwidert, daß sie an die Entente abgeliefert werden müßten. Doch genauere Nachforschungen ergaben, daß sie auf Umwegen nach Oberschlesien transportiert werden sollten, was die Arbeiter der Motorenfabrik veranlaßte, die Panzerautos wieder abzuladen. Und wenn diese Autos dann in der Mittagspause unbrauchbar gemacht wurden, so möge dies den maßgebenden Stellen zum Beweise dienen, daß die deutsche Arbeiterklasse nichts unversucht lassen wird, um jedes Eingreifen gegen Rußland unmöglich zu machen. Die Entente mag hieraus erkennen, daß die deutsche Arbeiterklasse in jeder Beziehung auf dem Posten sein wird.

Wie stellt sich nun die deutsche Regierung zu den Problemen, die jetzt im Osten so plastisch in Erscheinung treten? Allerdings wurde von ihr völkische Neutralität zugesagt, aber der deutsche Außenminister hat im Reichstag deutlich durchblicken lassen, daß Deutschland bereit sein müsse, zu den Waffen zu greifen, falls die russische Armee deutsches Gebiet betreten sollte. Wenn auch diese Aufseherungen in sehr vorstichtige Formen gekleidet waren, so lassen sie doch erkennen, daß die jetzige Regierung der Deutschen Republik ein sehr unsicherer Kantontist ist. Uns überrascht diese Stellungnahme der deutschen Regierung durchaus nicht, denn sie ist kapitalistisch wie jede andere und kann von ihr nicht verlangt werden, sie solle über ihren eigenen Schatten springen. Hat sie doch auch den sogenannten Grenzschutz in Ostpreußen durchaus reaktionären Generalen übertragen. Verstärkt und in vollem Umfange bestätigt wird unser Mißtrauen durch Äußerungen hoher deutscher Militärs. General Hoffmann und Budenborff — deren Existenz allein schon ein Beweis ist, wie äußerst rücksichtslos und mißbe die deutsche Revolution bisher verlaufen ist — machen sich in der Öffentlichkeit schon wieder sehr unangenehm bemerkbar. Man spricht von geheimen Verhandlungen dieser Verbrecher mit der englischen Mission in Berlin, ein Beweis dafür, daß gespannteste Aufmerksamkeit am Platze ist.

Wir wollen alle diese Dinge, die unsere Leser in den Tageszeitungen verfolgen können, nur andeuten, um auf den außerordentlichen Ernst der gegenwärtigen Situation aufmerksam zu machen. Es werden gegenwärtig Fäden zwischen den Konterrevolutionären gesponnen, die für das Proletariat, speziell für das deutsche, von allergrößter Bedeutung sind. Wir verfehlen deshalb nicht, auf diese Gefahren zu verweisen. Zugleich rufen wir die deutschen Metallarbeiter auf, ihre Solidarität mit dem russischen Proletariat in der Form zum Ausdruck zu bringen, daß jeder Versuch der deutschen Regierung, in den Kampf zwischen Polen und Rußland aktiv gegen Rußland einzugreifen, mit einer geschlossenen Aktion der deutschen Arbeiterklasse beantwortet wird. Darüber hinaus muß mit aller Entschiedenheit von der deutschen Regierung verlangt werden, endlich mit Rußland in diplomatische Beziehungen zu treten. Die deutschen Arbeiter lehnen es ab, der Gendarm des europäischen Imperialismus zu sein, sie haben das dringende Bedürfnis, mit dem sozialistischen Rußland in Frieden zu leben im Interesse der Weltrevolution und des gemeinsamen Aufbaues des Sozialismus.

vor Augen halten: daß nur die sozialistische, Klassenbewusste Arbeiterklasse als organisierte Masse imstande ist, den Kampf um den Sozialismus zu führen. Widerstrebende Interessengruppen fast man niemals in eine Organisation zusammen, eine solche Behauptung ist Unfug, ist Fiktion. Das ist die Vorbedingung zur Zusammenfassung von Massen. Die Kommunisten hatten sich ihren Parteigenossen Brand von Berlin geholt, um den nötigen revolutionären Elan in die Debatte zu bringen. Mit einer Handbewegung löste er die schwierigsten wirtschaftlichen Probleme. Die Kontrolle der Produktion war für Brand eine sehr einfache Geschichte, wenn man nur erst die selbständige Betriebsräteorganisation hatte. Die Männer der schmierigen Faust kauften mit Siamen der göttlichen Offenbarung, die ihnen aus nie gehörtem Munde mitgeteilt wurde. Man mußte sich sehr wundern, daß man Brand und Genossen das größte Vertrauen entgegenbrachte und ihnen unbedingt die Lösung des Betriebsräteproblems anvertraute, obwohl man diese Leute gar nicht kannte. Wenn jedoch ein Gewerkschaftsführer, der Tag für Tag mit den Massen in Fühlung steht, mit ihnen Freud und Leid teilt, das Wort ergreift, erhebt sich schon ein revolutionäres Murzen im Saal: „Die Massen haben allein zu bestimmen.“ Der kolossale Widerspruch, der in diesem Verhalten liegt, scheint nur wenigen klar geworden zu sein. Die Diskussion war ein Spiegelbild der Vermorenheit und der verchiedenen Strömungen, die im Proletariat vorhanden sind.

Nach einem geschickt gehaltenen Schlusswort, welches einen etwas demagogischen Reizgeschmack hatte, wurden zwei Resolutionen zur Abstimmung gebracht. Eine Resolution, die das deutsche Proletariat aufzuforderte, den Kampf gegen Sowjetrußland in keiner Weise zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde eine Resolution, die sich für die selbständige Räteorganisation aussprach, angenommen. Schreiber dieses konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Verkämpfer für die selbständige Betriebsräteorganisation um ihren eigenen Strohkorb kämpften. In Berlin sollen in der Zentrale ein Dutzend Leute auf Anweisung hatten und dies muß finanziert werden. Vielleicht lassen sich auch noch gewisse Leute in Mecklenburg und Westfalen von diesen Geschäften leiten. Den Genossen der Linken sei folgendes zum Nachdenken mit auf den Weg gegeben:

Ihr wollt die Gewerkschaften umgestalten zu revolutionären Kampforganisationen? Die Gewerkschaften sollen sich nach eurer Meinung nicht nur mit Lohn- und Tariffragen befassen, sondern sie sollen ein mächtiges Instrument sein zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und zur Organisation der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Gewerkschaften sollen ferner den Kampf führen um Erweiterung der Rechte des Betriebsrätegesetzes und umkommen die Führer der Betriebsräteorganisation und sagen ihren Parteigenossen: Nein, diese großen Aufgaben machen nicht die Gewerkschaften, wie wir es auch früher immer erzählt haben, sondern die Arbeiter die selbständige Betriebsräteorganisation. Ich möchte die Frage an diese Leute richten: Führen denn die Betriebsräte die Kämpfe oder die große Masse? Ferner ist man auch gegen die Arbeitsgemeinschaft mit den Christen und Hirchen. Aber

Gelbe und sonstiger Mischmasch emmühtig zusammenarbeiten für den Sozialismus. Wer lacht da?

Die Betriebsräte sind Organe der Masse. Die Masse ist in den Gewerkschaften das Fundament, mithin sind die Betriebsräte als Organe der Masse auch Organe der Gewerkschaften. Und innerhalb der Organisation, der Organisationsleitung gleichgestellt, sollen und werden die Betriebsräte ihre schwierigen Aufgaben lösen können, nicht losgelöst von der Masse, vollständig in der Luft hängend. Die Organisationsform, das ist das Kleid, also ist für die revolutionäre oder reformistische Tätigkeit der Betriebsräte nicht die Organisationsform, sondern die Qualität der Betriebsräte maßgebend.

Der Kongreß, einberufen von den Aktionsausschüssen, war ein geschicktes Manöver zur Täuschung der Öffentlichkeit. Die Arbeiter von Rheinland und Westfalen folgten in ihrer Mehrheit keineswegs den Apokryphen der Betriebsrätezentrale. Auch sind für unsere Kollegen Beschlüsse solcher zusammenberufenen Konferenzen in keiner Weise bindend. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung dringend vorhanden, sollen nicht die mühselig aufgebauten Organisationen in Trümmern gehen. Die Einigkeit der Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem Gebiete ist aber in Frage gestellt, wenn einzelne Leute ihre ganze Kraft daran setzen, die Arbeiter durcheinander zu organisieren. Man sollte lieber dazu übergehen, in einzelnen Orten die Bewegung zur Befundung zu bringen, dann würde man eine Tat vollbringen, die des Schweißes der Edelsten wert ist.

### Der Textilarbeiterverband zur Betriebsräteorganisation.

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes nahm in seiner Sitzung vom 18./19. Juli auch Stellung zur selbständigen Organisation der Betriebsräte. Für uns ist die Entscheidung dieser Organisation besonders wertvoll, weil die Mehrheit derselben zur Opposition zählt und Vorstand und Beirat in ihrer Mehrheit ebenfalls der Opposition angehören. In der ausgedehnten Debatte über den Punkt Zusammenfassung der Betriebsräte ist nicht ein einziger Redner für eine selbständige Zusammenfassung der Betriebsräte an der Hand der Gewerkschaften eingetreten, obwohl sämtliche Parteistellungen vertreten waren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes lehnt alle auf Auflösung der Betriebsräte von den Gewerkschaften und Bildung einer absolut selbständigen Räteorganisation und selbständiger Verwaltung abzielenden Bestrebungen ab.

Jede besondere Beitragleistung für die Zentrale der Betriebsräte sowie jede Beteiligung an den von dieser Zentrale veranstalteten Sammlungen und die Beteiligung an dem von jener Seite in Aussicht genommenen Betriebsrätekongreß ist von den Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes abzulehnen.

Nun waren es nicht etwa „Gewerkschaftsborzen“, die diesen Beschluß faßten, sondern Männer der schmierigen Faust. „Die Masse soll entscheiden“, posaunen die Apostel der Betriebsräteorganisation in die Welt hinaus, im Textilarbeiterverband hat ein verantwortungstragender Teil der Masse seine Entscheidung gefällt. Genau wie die Beiratsführung unserer Organisation, entschied auch die Bruderorganisation in der Textilindustrie. Wieder ein Beweis dafür, daß wir auf dem richtigen Wege waren. Für genaue Kenner der Arbeiterbewegung, die sich nicht im Rätevolkstumel befinden, sind die Entscheidungen des D.M.V. und des Textilarbeiterverbandes ohne weiteres selbstverständlich. Der Aufbau der Räteorganisation innerhalb des Verbandes der Textilarbeiter ist den Richtlinien angepaßt, die in unserer Beiratsführung gutgeheißen wurden. Der Aufbau von unten nach oben, vom Betrieb bis zum Zentralvorstand wird auch dort vorgenommen.

### Die Hamburger Metallarbeiter zur Zusammenfassung der Betriebsräte.

Zu dem Ort, wo eine planmäßige Hebe gegen eine Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften betrieben wurde und wird, gehört auch Hamburg. Von den Freunden der Betriebsrätezentrale systematisch aufgepeitscht, brachte man es zunächst fertig, eine bestimmte Stimmung für eine selbständige Betriebsräteorganisation zu erzeugen, die auch in einem knappen Meeting der Betriebsräte der Metallarbeiter ihren Niederschlag fand. Allerdings war in dieser Versammlung nur eine Minderheit der Betriebsräte anwesend. Dann folgte eine starkbesuchte Mitgliederversammlung. Zu dieser Versammlung waren eingeladen und erschienen Körper vom U.G.V. und der H.A. Mich. Müller von der Betriebsrätezentrale und vom Hauptvorstand Kollege Dikmann. Diese Versammlung bezweckte, über die Richtlinien unseres Verbandes (betreffend die Zusammenfassung der Betriebsräte) eine Urabstimmung vorzunehmen, um so die Meinung der Kollegen einzuholen. Die Urabstimmung fand am 1. August statt, ihr Ergebnis war, daß für die Richtlinien unseres Verbandes 137, dagegen 197 Stimmen abgegeben wurden. Und dies Ergebnis wurde erzielt, obwohl noch am Vorabend der Urabstimmung die Hamburger Volkszeitung in einem besonderen Leitartikel die Verbandskollegen gegen die Richtlinien ihrer eigenen Organisation aufzupeitschen ver suchte. Die gleiche H. Z. lehnte die Aufnahme einer sachlich gehaltenen Einwendung unserer Hamburger Bezirksleitung ab. Bezeichnend! Die Antwort haben unsere Hamburger Kollegen gegeben.

Zur Sache selbst rufen wir den Kollegen allerorts zu: Dabli eure Mitgliederversammlungen nicht für bestimmte Zwecke mißbrauchen! Das haben auch die Hamburger Kollegen erkannt. Lehnt es ab, einer selbständigen Betriebsräteorganisation Gefolgschaft zu leisten, lehnt eben obligatorischen oder freiwilligen Beitrag an eine solche Organisation ab!

### Die „Einigung“ der Räte in Berlin.

Die Gewerkschaftskommission Berlin entschied zweimal, daß die Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften zu erfassen seien. Auf Verlangen der Mitgliedschaften fanden erneute Beratungen mit der Rätezentrale statt. Das Ergebnis war eine Einigungserklärung, nach der die Selbständigkeit der Gewerkschaften gewahrt wird; die Finanzierung durch die Gewerkschaften erfolgt und eine neue provisorische Rätezentrale, bestehend aus Vertretern der Rätezentralen der U.G.V., S.F.D., R.V.D. und der Gewerkschaften, geschaffen wurde. Die Vertreter der H.A. erklärten, daß sie in einer Organisation mit Bürgerlichen, Gelben und sonstigem Mischmasch nicht zusammen sein könnten. Sie erziehen den Zusammenfassung in den Gewerkschaften. Nunmehr haben auch die Betriebsräte der S.F.D. beschlossen, gemeinsam mit der H.A. die Zusammenfassung der Räte nach den Richtlinien des U.G.V. vorzunehmen. Dieses Ergebnis war vorauszu sehen, da es unmöglich ist, die widerstrebenden Elemente in einer selbständigen Räteorganisation zu vereinen. Nur die freigezwungenen Betriebsräte, erfaßt von den Gewerkschaften, können eine aktionsfähige

### Die Zusammenfassung der Betriebsräte

Eine Konferenz für die Betriebsräte, einberufen von den sogenannten Aktionsausschüssen von Rheinland und Westfalen, tagte am Samstag den 31. Juli in Düsseldorf. Obwohl die Konferenz keinen offiziellen Charakter trug, da die Aktionsausschüsse als ein rechtlicher Faktor im politischen und wirtschaftlichen Leben nicht betrachtet werden können, waren doch von einzelnen Städten Vertreter der Kartelle aus informativem Grund dort anwesend. Die Konferenz war sehr geschickt arrangiert. Man wollte sich vor allen Dingen ein vollbesetztes Lokal sichern. Auf Grund dessen hatte jeder Betriebsrat, auch der kleinste, das Recht, einen Vertreter zu entsenden. Demgemäß hatten die größeren Städte das Recht, 150 bis 200 Vertreter zu entsenden. Man denke man sich Rheinland und Westfalen und wird es jedem klar sein, daß kein Lokal, sei es auch das größte, imstande gewesen wäre, die Konferenzteilnehmer zu fassen, wenn sie alle geschickt worden wären. Aber den Arrangements ging es nicht darum, eine wirkliche Vertretung der Betriebsräte zusammenzubringen, sondern darum, eine scheinbare Mehrheit für ihre Sonderbestrebungen zu finden. Dieses ist dann allerdings auch gelungen. Etwa 500 Delegierte aus fast allen Städten Rheinlands und Westfalens waren anwesend. Elberfeld, Barnum und Remscheid hatten allein 250 Delegierte in dieser Konferenz, während die andere Hälfte sich auf die vielen anderen Städte verteilte. So war es diesen drei Städten allein schon möglich, der Arbeiterbewegung Rheinlands und Westfalens ihre Meinung aufzuzwingen.

Es standen sich zwei Auffassungen gegenüber, eine, die der Einberufer, die die Betriebsrätezentrale als selbständige Organisation propagiert, und die andere, welche die Betriebsräte von den Gewerkschaften als gleichberechtigter Faktor zusammengefaßt haben will. Braß (Remscheid) beizone als Vertreter, daß die Betriebsräte auch als selbständige Organisation, nur in engerer Fühlung mit den Gewerkschaften, ihre Aufgaben erfüllen könnten. In der Diskussion wurde Nach darauf hingewiesen, daß, wenn er in engerer Fühlung mit den Gewerkschaften arbeiten wolle, dann doch auch diese Gedanken in der Organisationsform zum Ausdruck gebracht werden müßten. Braß und Genossen scheinen sich überkaup eine eventuelle Meinung über die Arbeiterbewegung geildet zu haben. Man will die Aufgaben der Gewerkschaften trennen. Die Gewerkschaften sollen die Leitung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Hand nehmen, während die Betriebsräteorganisation die großen politischen, wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen hat. Die Betriebsräte als Sonderorganisation würden das Proletariat einengen. Alle politischen und gewerkschaftlichen Richtungen würden hier zusammengelassen werden und man würde hier dem Kapitalismus eine einseitige Macht gegenüberstellen können.

Das doch somit ganz vernünftige Menschen so weltfremde Theoretiker sein können! Man will Christen, Hirche und sonstigen Mischmasch durch die Betriebsräte zusammenfassen und diese sollen dann ein wirksames Werkzeug zur Verwirklichung des Sozialismus werden!

### Amnestie

Die Entwicklung der deutschen Revolution vollzog sich unter dem Zeichen von Massenverhaftungen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen, Verurteilungen derer, denen revolutionäre Gesinnung nachweisbar und vor allem unter dem Zeichen des Wiedererwachens des Militarismus, der erst die Voraussetzungen schuf für das rigorose, rücksichtslose Vorgehen gegen die Arbeiter. Das alles konnte geschehen, trotzdem wir zunächst eine sozialistische und alsdann eine gemischt bürgerlich-sozialistische Regierung hatten!

Das deutsche Proletariat mußte einen furchtbaren Leidensweg gehen dank der Anmaßung über die Gesetze der sozialen Revolution, die einen großen Teil seiner Führer beherrschte und beherrscht und auch bei einem wesentlichen Teil der Massen vorherrschend war. Einmal eingestellt in die Ideologie, daß mit der Errichtung der bürgerlichen Republik der Grundstein für ein neues Haus, unser sozialistisches Gemeinwesen gelegt sei und dieser Grundstein darum mit allen Mitteln verteidigt werden müsse gegen die Versuche, sofort einen sozialistischen Unterbau zu schaffen, mußte diese falsche Einstellung zu all den bitteren Konsequenzen führen, deren Zeuge wir gewesen, die die deutsche Revolution verpfuscht haben! Es ist falsch und zeugt von Mangel an historischer Einsicht, anzunehmen, daß in der Epoche der sozialen Umwälzungen die bürgerliche Republik, die Staatsform des aufstrebenden Bürgertums, auch das Haus, auch die Gesellschaftsform des aufstrebenden vierten Standes, des Proletariats, sein könnte. Es ist falsch, anzunehmen, es könne von Demokratie die Rede sein, solange noch wirtschaftliche Unterdrückung und Unfreiheit besteht, und es ist noch falscher, zu glauben, daß die Beseitigung dieser wirtschaftlichen Knechtschaft möglich sei auf dem Wege der Evolution, der ruhigen Entwicklung!

Und eine Streikführung der kämpfenden Massen bedeutet es, sie an die mildere, „demokratische“ Gesinnung der bürgerlichen Sozialparteien glauben zu lassen, die wohl in der äußeren Staatsform einige Zugeständnisse machten, aber nur, um durch dieses Entgegenkommen gegenüber der Zeitströmung ihre Herrschaft, das heißt die der Besitzenden und Ausbeutenden um so mehr zu festigen!

Darum kann es in solch entscheidender geschichtlicher Stunde, wie derjenigen, die unsere Generation durchlebt, kein Ausweichen geben vor dem schroffen, klaffenden Gegensatz: Die Bürgertum und Kapitalismus — die Proletariat und soziale Revolution zur Eroberung des Sozialismus. Jeder Versuch zu einer Überbrückung dieses Gegensatzes kann nur zu einer Stärkung des Bestehenden führen, denn es ist gleichbedeutend mit der Ablehnung des Klassenkampfes, der diesen Gegensatz zum letzten Austrag und damit zum Verschwinden bringen muß. Die Formen dieses Klassenkampfes aber sind schon bedingt durch die Aktion der herrschenden Klassen, die noch den Staatsapparat mit all seinen Machtmitteln — Schule, Klassenjustiz, Militarismus, Geld usw. — in Händen haben und mit allen Mitteln um ihre Fortexistenz ringen.

Diese klare Erkenntnis von dem Wesen des bürgerlichen Staates und der notwendigen Kampfesformen der aufstrebenden Arbeiterklasse stand nicht an der Wiege der deutschen Revolution. Erst im harten Kampf, durch das Opfer von Tausenden der Besten, durch Kampf, Blut, Not und Entbehrung gewann und gewinnt sie die Köpfe breiter Massen.

Angewiesen aber ist das Bürgertum vollkommen in die einen Moment verloren geglaubte Machtposition wieder fest eingerückt und hat sich mit ihrem neuen, unter der Losung „Gegen den Bolschewismus“ aufgerichteten Militarismus das Unterdrückungsinstrument gegen den „inneren Feind“ geschaffen. Die Regierung aber, als Vollzugsorgan der Besitzenden, die glaubt, sich dieses militärischen Machtmittels nach ihrem Belieben bedienen zu können, wurde und wird in der Tat von ihm beherrscht! Der Rapp-Bußsch war nur ein ungeschickter und zu plumper Versuch, diese faktisch bestehende Herrschaft des Militärs auch zum sichtbaren Ausdruck zu bringen. Die Rappisten scheinen zurückgeschlagen — verkappte Rappisten aber sind es, die ihr Erbte angetreten, mit dem einzigen Unterschied, dies durch etwas volkstümlicher verbrämtes Wortgeklingel und einige Scheinlonjesshönchen zu verhüllen.

Die sehr dies zutrifft, zeigten die Debatten des Deutschen Reichstags über das Amnestiegesetz. Sofort nach Einberufung des Reichstags war durch die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie ein Gesetzesentwurf eingebracht worden, der eine allgemeine Amnestie für alle aus politischen Motiven begangenen Straftaten unter Ausschluß der Rapp-Bußschführer vorsah. Bei der in der vergangenen Woche stattgefundenen Debatte über die Amnestie ließ die Regierung durch die Regierungsparteien indessen einen neuen, wesentlich eingeschränkten Gesetzesentwurf vorlegen, der Kunde gibt von zwei Momenten, die die Regierung beherrschen: dem Gefühl der Ohnmacht vor den Rappisten im Reich und besonders in Bayern, sowie der gleichzeitigen Angst vor dem revolutionären Proletariat, dessen wachsenden Ordo und Erbitterung man dumpf neben sich fühlt. Der Entwurf der Regierung sieht lediglich die Amnestie für diejenigen politischen Vergehen Angelegten vor, die sich an der Abwehr von „höchsteren Interessen“ beteiligten.

Ein wahrhaft erschütterndes Bild ist es, das der Sprecher der Linken enthielt: Während im ganzen gegen die Rapp-Verbrecher nur 700 Verfahren beim Oberreichsanwalt schweben und noch gegen keinen einzigen Anklage erhoben worden ist, sind gegen die an der Abwehr des Rapp-Bußsches Beteiligten rund 15000 Anklagen erhoben! Eine Ungeheuerlichkeit, wenn man bedenkt, daß die Regierung selbst zu ihrer eigenen Rettung vor Abwehr angegriffen und den Abwehrkämpfern volle Straffreiheit zugesichert hatte. Allein im Ruhrgebiet sind 5755 Anklagen gegen die Verteidiger der Republik erhoben und durch die außerordentlichen Kriegsgerichte bereits 969 abgeurteilt! Die Gefangnisse sind überfüllt, aber bis über 40 v. H. über die gesetzlich zulässige Grenze hinaus überfüllt!

Die Amnestie mußte kommen, weil die Regierung gar keinen Raum mehr hat, um die weiteren Opfer der Klassenjustiz überhaupt nur unterbreiten zu können. Sie mußte aber auch noch aus einem anderen Grunde kommen: In jenen Witzblättern hatten nämlich die Vertreter sämtlicher damaligen Koalitionsparteien und auch der damalige Justizminister Dr. Schiffer mit dem Hochverrat der Rapp-Bußsch verhandelt und ihnen dabei Straffreiheit versprochen! Und ein den Witzblättern gegebenes Wort ist heilig und muß geachtet werden. Man konnte also die Rapp-Verurteilungen nicht ohne weiteres aufheben, ohne die Koalitionsparteien treffen und die legalistische, an der parlamentarischen Regierungsmacht befindliche Regierung in Bayern tritt man wohlweislich nicht auf die Füße. Den vielen eblen Sozialisten der Revolution, die der Sozialdemokratie von 1919, die Opfer der blühigen Wiedererrichtung der bürgerlichen Republik, all den tapferen Sozialisten der sozialen Revolution mit Ausnahme derjenigen, die sich auf Abwehr des Rapp-Bußsches zur Rettung der bürgerlichen Regierung beschämt hatten, bleiben die Redereien verhasst.

Jeder Verbeugungsgebot der sozialistischen Parteien wurde abgelehnt und die vielen noch in Gefangnis und Justizhaus schmachtenden Opfer des Klassenkampfes müssen weiter anhalten, bis der Sieg der sozialen Revolution ihre Last abwirft!

### Wirtschaftskrise und Arbeiterklasse

Wirtschaftskrisen, von den Arbeitern gefürchtet wie kaum eine andere Erscheinung des Lebens, sind naturnotwendige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wirtschaftskrisen? nein, „Unordnung“ müßte es heißen, denn was wir gegenwärtig wieder erleben in unserer Welt- und Weltwirtschaft, ist alles andere eher als eine geordnete Wirtschaft. Es ist Panikartigkeit, Anarchie in höchster Potenz. Wir wollen, da dieses Thema ebenso aktuell wie vielumstritten ist, einmal einen Blick in die Wirtschaftsgeschichte des letzten Jahrhunderts werfen, um dann einige Schlussfolgerungen auf die heutige Krise zu ziehen.

Oberflächliche Beurteiler der Krisenercheinungen haben sich sogar schon auf das Alte Testament berufen, worin die Rede ist davon, daß jeweils auf sieben fette Jahre sieben magere Jahre folgen. Es sei hier nur betont, daß nicht zu allen Zeiten die Anarchie in der Gütererzeugung herrschte wie heute. Ein Vergleich mit früheren Geschichtsperioden ist vollkommen unzulässig, da bei der vor dem Zeitalter des Kapitalismus herrschenden Produktionsweise der jeweilige Bedarf die Grundlage bildete für die herzustellende Gütermenge. Noch in der Juni, also bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, waren Wirtschaftskrisen unumgänglich, denn die Juni legte jedem Meister Beschränkungen auf in der Gütererzeugung, die mit aller Strenge beobachtet wurden, so daß es Störungen nicht gut geben konnte.

Erst mit Beginn der Manufakturperiode, als die Herstellung von Gebrauchsgegenständen für den unmittelbaren Gebrauch abgelöst wurde durch die Herstellung von Waren für den Weltmarkt, als der junge Kapitalismus seine ersten Schritte in die Welt tat, treten auch die ersten Krisen in Erscheinung. England zeigte der übrigen Welt zuerst die ungeheuren Veränderungen, die die Entwicklung vom handwerklich-mäßigen Kleinbetrieb über die Manufakturperiode hinweg zum industriellen Großbetrieb im Gefolge hatte; Veränderungen, die besonders für die Arbeiterklasse oft geradezu verheerende Wirkungen erzeugten.

Nachdem der Plan Napoleon I., England durch die Kontinentalperre gefügig und es durch einen festen Block der Seefländer seinen eigenen Zwecken dienbar zu machen, gescheitert war, beginnt vom Jahre 1815 ab in England ein riesiger Aufschwung der gesamten dortigen Industrie. Die Banken trieben eine bis dahin unerhörte Spekulation, so daß alle Voraussetzungen für eine fürchterliche Inflation geschaffen wurden. Gleichzeitig hatte die Baumwollindustrie in Amerika sich mächtig entfaltet. Und so mußten beide Länder einer Krise entgegengehen, die sie bis dahin nicht kannten und für die sie auch zunächst gar keine Erklärung fanden. Nach einem 10jährigen Aufschwung brachen im Jahre 1825 innerhalb 6 Wochen 20 Banken zusammen und der Bankrott zahlreicher Industrieunternehmen folgte auf dem Fuße. Große Arbeitslosigkeit war die Folge dieser Krise und die englischen Arbeiter lernten zum ersten Male den Kapitalismus von seiner schlimmsten Seite kennen. Kaum war diese Krise beendet, setzte wiederum ein industrieller Aufschwung ein, wozu noch im Jahre 1835 eine ausgezeichnete Ernte kam. In Amerika waren 61 neue Banken gegründet worden infolge des Krienerports und auch in England entstanden 48 neue Banken. Die Spekulation trieb die wunderlichsten Blüten, denn durch Ausgabe von kleineren Aktien im Wert von 5 bis 10 Pfund Sterling stürzten sich auch die sogenannten kleineren Leute in diesen wilden Launen. Allein der Zusammenbruch kam mit automatischer Sicherheit nach genau 10 Jahren im Jahre 1836. Querschnitten wiederum die Banken zusammen, die von den kleinen Aktionären gestützt wurden, um ihr Guthaben zu retten, doch sie sahen sich um ihr Geld betrogen.

Die Industrie wurde in Mitleidenschaft gezogen, die Chartistenbewegung entfiel und die Arbeiter forderten in einem Gesetzentwurf entschieden eine Reform aller die Arbeitertragenden bestehenden Gesetze, besonders die Schaffung eines Fabrikgesetzes.

Es kam sogar im Jahre 1839 zum offenen Aufstand, der jedoch niedergeschlagen wurde. 1847 kam nach einem Aufschwung der Eisenindustrie, hervorgerufen durch die Entwicklung der Eisenbahnen, eine neue Krise mit denselben bitteren Erscheinungen.

Wie einem Naturgesetz folgend, setzte nun wiederum eine Aufwärtsbewegung ein, diesmal noch begünstigt durch die Entdeckung der Goldfelder in Australien und Kalifornien. Spekulationen und Preistreiberie dehnten sich über die ganze Welt aus. Doch der Krach war unausbleiblich; er beginnt in Amerika, England folgt, Frankreich ebenfalls, die deutschen Handelsstädte ebenso; die erste Weltkrise ist da.

Das war im Jahre 1857. Im Jahre 1867 erreicht die große Baumwollkrise in England ihren Höhepunkt, die Hunderttausende von Arbeitern zum Bezug von Armeenernährung nötigt. 1862 hatten schon 50000 Textilarbeiter ein Geheiß um Genehmigung zur Auswanderung ans Parlament gerichtet; das Geheiß wurde jedoch von den englischen Lords abgelehnt mit der Begründung, daß man die hunderttausend Hände doch nicht brauche, wenn die Krise darüber sei. In diese Zeit fällt auch die Veröffentlichung von Karl Marxens „Kapital“, dem nationalökonomischen Hauptwerk, worin Marx mit unerbittlicher Logik der Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise harlegt und die Wirtschaftskrisen erklärt. Wie jedem Wesen ein Schicksal, so folgt dem Kapitalismus die Krise auf dem Fuße nach. Während England schon eine ganze Reihe von Krisen durchlebt hatte, entwickelte sich nun der industrielle Großbetrieb auf dem europäischen Kontinent. Besonders in Deutschland, als der „Wirtschaftsentwurf“ im Jahre 1871 bis 1872 eine Gründerperiode erzeugte, die die tollsten Blüten zeitigte auf dem Gebiete der Spekulation.

Der Eisenbahnbau brachte eine umfangreiche Grundstückspekulation mit sich, die wiederum eine Reihe von industriellen Unternehmungen begünstigte. Schon im Jahre 1871 entstehen 207 neue Aktiengesellschaften, 1872 deren 479 allein in Deutschland. In Österreich war es fast noch toller, so daß die Gesetzgebung einschreiten mußte, indem sie Bedingungen aufstellte für die Neugründung von Aktiengesellschaften.

Der Prophet Marx aber sollte Recht behalten mit seiner Behauptung von der Gesetzmäßigkeit der Wirtschaftskrisen und der kapitalistischen Entwicklung überhaupt. 1873 vertrat eine Gesellschaft nach der anderen, die Wertpapiere stiegen um 40 v. H. herunter, die Krisen greift über auf Rußland, Italien, Belgien, Holland, ja sogar auf Ostindien.

Und im Jahre 1882 fängt das Spiel von neuem an, diesmal jedoch in Frankreich, kaum daß es sich von dem verlorenen Krieg erholt hatte.

1890 bis 1891 beginnt das Drama zur Abwechslung wieder mal in England, weitet sich zur Weltkrise aus im Jahre 1893. In Amerika allein verlor in diesem Jahre 600 Banken und 74 Eisenbahngesellschaften. Deutschland zählte 1893 10000 Bankotte.

Große Arbeitslosigkeit herrschte damals, an die sich die älteren Kollegen noch gut erinnern können.

Doch auch hier erhobte sich der Kapitalismus verhältnismäßig rasch von dem Zusammenbruch, denn er hat eine elastische Natur. Es folgen Jahre außerordentlich guter Konjunktur in Deutschland, die in den Jahren 1897 und 1898 ihren Höhepunkt erreichten. Der erinnert sich nicht allein an die Entstehung der ungeheuren Jagdgrasfabriken, nachdem die Patentstreifen erfunden waren? Und diese glänzende Aufwärtsentwicklung in der Industrie veranlaßte den Genossen E. Bernstein zu seiner Behauptung, daß die Krisen die Krisenperiode erliege, indem durch die gewaltige räumliche Ausdehnung des Weltmarktes und der außerordentlichen Vergrößerung der für Konjunktur und Transporthverkehr erforderlichen Zeit die Möglichkeit des Ausgleiches von Schwüngen so vermehrt werden, daß wenigstens für längere Zeit allgemeine Geschäftsströme nach Art der früheren überhaup t als unabweisbar eintritt zu betrachten sind.

Allein Bernstein sollte nur zu bald erfahren, daß seine Hoffnungen trügerisch waren, denn schon im Jahre 1901 hatten wir in Deutschland eine neue Krise von besonderer Heftigkeit, die ihre Wurzeln bis nach Spanien, England und England trug und große Arbeitslosigkeit im Gefolge hatte. Amerika blieb diesmal verschont, aber nur diesmal, denn 1907 isolierte hat eine Krise beinahe mit dem Au-

kommenbruch der Kupferindustrie, die alle europäischen Staaten mitriß und wobei allein in Deutschland 11 581 Konjunktur angefaßt wurden, gegenüber 10000 im Jahre 1901. Die industrielle Misere war, das Meer der arbeitslosen Proletarier trübte ins Riesenhafte, wie man schon aus den von den Gewerkschaften ausbezahlten Arbeitslosenunterstützungen sehen kann.

Im Jahre 1907 wurden in Deutschland ausgezahlt 4 375 000 M., 1908 8 134 000 M. und 1909 8 953 000 M., wovon allein auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband fast die Hälfte des Gesamtbetrages fiel.

Und was sich nach dieser Wirtschaftskrise vorbereitete, gefördert durch die Expansionsbestrebungen des imperialistischen Großkapitals, das beständige mit klassischer Evidenz die Wahrheit der marxistischen Krisentheorie, wie überhaupt seiner Geschichtsauffassung.

Der Weltkrieg war nichts anderes als die gewalttätige Entladung der wirtschaftlichen Hochspannung, die durch den internationalen Wettbewerb auf dem Weltmarkt sich angehäuft hatte. In einem zweiten Artikel wollen wir die heutige Krise betrachten und die entsprechende Nutzenanwendung daraus zu ziehen suchen. Sozus.

### Die Lage auf dem Weltgetreidemarkt

Die Lage auf dem Weltgetreidemarkt ist gekennzeichnet durch eine außergewöhnlich günstige Frühjahr- und Sommerwitterung, welche im kommenden Wirtschaftsjahr einen gewissen Ausgleich schaffen wird. Jedoch ist dieser Ausgleich nicht von so großer Tragweite, daß er die natürlichen und wirtschaftlichen Hindernisse beseitigen könnte, welche die den Ackerbau treibenden Länder beherrschen. Somit bleibt die Hauptfrage der Getreide importierenden und besonders durch den fünfjährigen Krieg stark angegriffenen Staaten, einen Ausgleich in der Getreideversorgung zu schaffen. In den Ländern mit Getreideüberschuß macht sich dagegen eine Tendenz bemerkbar, durch verschiedene Mittel — hohe Zölle, Ausfuhrverbote u. dergl. mehr — einerseits die eigene Versorgung sicherzustellen, andererseits die durch starke Ausfuhr bedingte Preishausse zu hemmen.

Folgende Zahlen seien der „Industrie- und Handelszeitung“ Nr. 150 und 151 entnommen:

In den Vereinigten Staaten ist der Gesamtertrag des Winterweizens auf 504 Millionen Bushel zu schätzen, was gegenüber dem Jahre 1919 einer Fehlbetrag von 228 Millionen Bushel bedeutet. Die Sommerernte wird auf 277 Millionen Bushel geschätzt (rund 70 Millionen Bushel mehr wie im Vorjahre). Abzüglich 600 Millionen Bushel für den eigenen Bedarf, bleiben rund 180 Millionen Bushel Weizen für den Export übrig. Dazu kommen noch 150 bis 200 Millionen Bushel aus dem Vorjahre, die infolge der Verkehrserschwierigkeiten, der Valutaverhältnisse und anderer Erscheinungen nicht zum Export gelangen konnten. Beim Roggen ist ein Anstieg von 8,5 Millionen Bushel gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. In Safes und Gerste erwartet man trotz der verminderten Anbaufläche einen größeren Ertrag als im Vorjahre (um rund 20 Millionen Bushel Gerste und 60 Millionen Bushel Safes). Die Anbaufläche von Mais ist um 2 Millionen Acres gestiegen. Seit dem 1. Juni 1920 erfolgt in den Vereinigten Staaten die Rückkehr zum freien Handel auf dem Getreidemarkt.

Die neue Ernte in Argentinien wird folgendermaßen geschätzt:

|        |                  |
|--------|------------------|
| Weizen | 5 828 000 Tonnen |
| Gerste | 223 800 „        |
| Safes  | 829 000 „        |
| Mais   | 6 571 000 „      |

Somit ist dieses Land die Hauptquelle der Getreideversorgung für Europa. Die außergewöhnlich stark einsetzende Ausfuhr zwingt die Republik zur Erhöhung der Zölle (4 Dollar für 100 kg Weizen und 5 Dollar für 100 kg Mehl). Auch ist durch Gesetz die Möglichkeit der Enteignung vorgesehen, um eventuell auf diese Weise die eigene Versorgung sicherzustellen.

Uruguay hat seit Ende März die Ausfuhr verboten.

In England sucht man die Getreideproduktion durch eine Erhöhung der Anbaufläche zu steigern. Als Mittel dazu soll auch in diesem Jahr die Garantierung der Mindestpreise dienen. Für Weizen ist der Mindestbetrag auf 85 Schilling, für Safes auf 53 bis 54 Schilling in Aussicht genommen. Die Vorräte in den Kolonien kommen weniger in Betracht, da die schlechte Ernte die Ausfuhr oft völlig unmöglich macht. So in Australien und Neuseeland. Günstig sind die Aussichten bloß in Kanada, wo der Weizenertrag auf 65 Millionen Bushel das Vorjahr übersteigt.

Günstige Berichte kommen aus Bulgarien, Serbien, Rumänien, Polen und aus der Tschechoslowakei.

In Ungarn schätzt man den für die Ausfuhr bestimmten Überschuß auf 5 bis 6,5 Millionen Doppelzentner Brotfrüchte und hofft, dadurch die schlechtesten Valutaverhältnisse zu bessern.

Auch Österreich steht vor einer sehr guten Ernte, benötigt jedoch, um seinen Bedarf zu decken, eine Einfuhr von ungefähr 500 000 Tonnen Mehl.

In Deutschland konnte die Vollrente infolge des Dünge-mangels nicht erreicht werden. Die Aussichten für die angebaute Fläche sind aber laut Meldungen der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 486 äußerst gut. Mit einer außergewöhnlich guten Ernte hat auch Frankreich zu rechnen. Man hofft auf eine Ernte von 65 Millionen Doppelzentner Weizen (48 Millionen im Vorjahre), 8 Millionen Doppelzentner Roggen und 1/2 Million Doppelzentner Gerste. Die durch den Krieg infolge der Verringerung der Anbaufläche und des Fehlens der Arbeitskräfte sehr stark angegriffene Getreideproduktion steht noch immer vor großen Schwierigkeiten, so daß Frankreich einer ziemlich knappen Broterzeugung entgegengehen muß. Es hofft, seine Not von den reichen Beständen in Marokko etwas zu lindern.

Große Schwierigkeiten bestehen in Ostasien, wo die Getreide-zumteilung von Monat zu Monat herabsinkt wird. Die unentbehrliche Einfuhr von 250 000 Tonnen ausländischen Getreides verteuert den Brotpreis erheblich und schafft dem Lande eine sehr gespannte politische Situation. Die kürzlich in Aussicht genommene Verteuerung des Brotes um 50 v. H. führte sogar zum Sturz der Regierung. Und trotzdem wird durch Verordnung vom 6. Juni der Weizenpreis von 75 Lire auf 125 bzw. 145 Lire heraufgesetzt, um dadurch eine Vergrößerung der Anbaufläche zu erreichen.

Die Krise in der Getreideversorgung wird noch verschärft durch die Schwierigkeiten, die der Beschaffung von Krediten und Transportmitteln in allen Ländern entgegenstehen.

### Stellung der Höchstzahl der in den Handwerksbetrieben zu haltenden Lehrlinge in Hamburg

Wiederholt haben wir uns in der Metallarbeiter-Zeitung mit dem Lehrlingswesen in den Handwerksbetrieben beschäftigt und haben in gebührender Weise das Treiben der behabigen Handwerksmeister kritisiert. Diese guten Deutschen, die die Zeit nicht begreifen wollen, streuben sich gewaltig gegen jede Neuerung und wollen ihre Herrenrechte behaupten. Die Grundlichkeit der Ausbildung leidet unter der großen Zahl von Lehrlingen, die ein Meister hält, wobei entweder gar keine oder nur äußerst wenige Gesellen gehalten werden. Wir haben deshalb zum Kampfe gegen diesen Herrenstandpunkt der Unternehmer aufgerufen, auch die Eltern gewarnt, ihre Söhne nicht diesen Büchereien zu überlassen. Wohl war es uns zum Teil gelungen, das Lehrlingswesen in der Industrie in Larverestungen mit zu regeln, aber nirgends gelang es, im Handwerk eine solche Regelung zu erzielen. Hier steht man auf den letzten Widerstand der Handwerkskammern und der hinter ihr stehenden Innungsverbände. Diese lehnen grundsätzlich die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Regelung des Lehrlingswesens ab. In Hamburg jedoch ließen wir nicht locker. Wir unterbreiteten der hiesigen Gewerkschamer tausend ein ungeheures Gesuchermaterial. Damit nicht genug. Wir konnten die hiesigen Arbeiter-

In der ausgiebigsten Weise, um die unheilbaren Zustände zu ver-

Auf das Ersuchen der hiesigen Verwaltung kamen dann unsere

In mehr als 12 Plenarsitzungen und vielen Sonderverhandlungen

bei mehr als 80 Gehilfen 12 Lehrlinge als Höchstzahl.

Die Herren der Feinmechanik gingen sogar noch weiter, indem sie

Bekanntmachung

der Gewerbestammer zu Hamburg, betr. Höchstzahl der in Handwerks-

Für den Bezirk der Gewerbestammer in Hamburg wird in Ver-

Feinmechaniker und Optiker: bei 0 bis 1 Gehilfen 2 Lehrlinge, bei

Zuweltlere, Gold- und Silberarbeiter: bei 0 Ge-

Klempner, Mechaniker und Dachdecker: bei 0 bis

Rupfer Schmiede: bei 0 bis 2 Gehilfen 2 Lehrlinge, bei 3

Schlosser und Maschinenbauer: bei 0 bis 3 Ge-

Uhrmacher: bei 0 Gehilfen 1 Lehrling, bei 1 Gehilfen 2, bei

Handagisten, Orthopäden und Chirurgie-

Graveure und Bifeleure: bei 0 Gehilfen 1 Lehrling, bei

Denjenigen Handwerksbetrieben, in welchen nach vorstehenden

Die Gewerbestammer kann in einzelnen Fällen Ausnahmen von

Wenn auch unsere Wünsche nicht alle in dem Maße, wie es wohl

Wichtigste Vorschriften treten mit dem Tage der Veröffentlichung

Hamburg, den 10. Mai 1920. Die Gewerbestammer.

Wenn auch unsere Wünsche nicht alle in dem Maße, wie es wohl

Die Aussperrung bei Humboldt-Röln

In der Maschinenbauanstalt Humboldt, Köln-Röln,

kam es vor einiger Zeit zu Differenzen, die zur Aussperrung der

Ursache und Verlauf des Kampfes war kurz folgender: Die

Die Verhandlungen mit Direktion und Betriebsrat über Ein-

Während der Bewegung scheinen dann doch der Betriebsleitung

Nach diesem Urteilspruch verhandelte der Betriebsrat erneut mit

So interessant und wichtig dieser Kampf war, zeigte er doch be-

Der Schlichtungsansatz Karlsruhe auf dem Holzwege

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das Organ des Zentral-

Verband eines auszuweisen. Da rufen wir zu: Nur hübsch bei

In unserem alten Kollektivabkommen für Mittelbaden waren die

Der Ausschuss scheint nicht zu wissen, daß in jedem Schlichtungs-

Nur ein Wort noch zu dem Urteil des Schlichtungsausschusses.

Schulenburg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mit Sonntag den 15. August ist der 34. Wochenbeitrag

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbands-

Table with 3 columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Beitragsklasse, Beginn der Beitragsperiode

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 29 Abs. 3

Auf Antrag der Verwaltungstelle Luckenwalde: Der Metallarbeiter Emil Rizer, geb. am 28. Febr. 1888

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 3,561,400, lautend auf den Kesselschmied

Mitgliedersbuch Nr. 2,764,989, lautend auf den Former Heinrich

Mit Mitgliedersbuch Nr. 2,875,037, lautend auf den Schlosser Karl

Zur Beachtung! Zugug ist fernzubalten: von Bronzearbeitern nach Grubmühl und Stodorf bei

von Formern und Gießereiarbeitern nach Ellingen (Eßlinger

von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz;

von Graveuren und Bifeleuren nach Stuttgart (alle Betriebe,

von Metallarbeitern nach Bremen L.; nach Danzig St.; nach

# Berichte

## Metallarbeiter.

**Döbeln.** Ein mittelständiger reaktionärer Vorkap. Die Wirtschaftskrise hat auch in der Metallindustrie in Döbeln ihren Eingang gehalten. Eine Reihe von Betrieben arbeiten verflücht, verschärft Not und Entbehrungen ist die davon betroffene Arbeiterschaft ausgefüllt. Gewisse Kreise glauben nun, daß jetzt ihre Zeit gekommen ist, um der Arbeiterschaft den Stiefel in den Nacken zu setzen. Den Herren schwebt jedenfalls ihre goldene Vorkriegszeit vor den Augen. Das Ansuchen der reaktionären Stimmen bei der Reichstagswahl läßt ihnen anscheinend wieder etwas von dem entschwundenen Rute ein, um eine Attade gegen die Arbeiterschaft zu unternehmen. In Magdeburg befanden sich die Arbeiter einer Maschinenfabrik im Streik. Anstatt sich mit der Arbeiterschaft zu einigen, zog es die Firma vor, die Arbeit nach auswärts zu verlegen. So sind auch zwei Waggonen mit Rohmaterialien nach Döbeln an die Firma Otto & Geyer vergeben worden. Vorher hatten schon die Leipziger Eisenbahner das Ausladen dieser Streikarbeit strikte verweigert. Ein Teil von dieser Arbeit ist nun in Döbeln bei der Firma Otto & Geyer eingestellt worden. Der Bevollmächtigte unserer Verwaltungstelle hat sich mit der Firma in Gegenwart des Betriebsrates in Verbindung gesetzt, dabei ist betont worden, daß selbstverständlich auch die Arbeiterschaft Gehörgefühlt besitzt, und der Betriebsrat brachte zum Ausdruck, daß die Arbeiterschaft die Anfertigung der Streikarbeit rundweg ablehnt. Dazu ist die Arbeiterschaft berechtigt, das hat sie schon früher getan, als noch der alte Polizeistaat intakt war. Jetzt auf einmal glaubt man nun, die Lage der Arbeiter auszunutzen, und man will die Arbeiterschaft in der Organisation zwingen, diese Arbeit anzufertigen. Der nationale Vorkapitalist Herr Rechtsanwalt Dr. Klein, ist dazu ausgereifen, den Vorkapitalisten in die Wege zu leiten. Am 10. Juni erhielt die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Döbeln folgendes Schreiben: „Im Auftrage der Firma Otto & Geyer in Döbeln teile ich Ihnen folgendes mit: Der Firma Otto & Geyer sind vor kurzem stählerne Waggonen Eisen von der Firma Bruno Heine in Magdeburg zur Ausführung eines Auftrages zugegangen. Sie haben Ihren bei der Firma Otto & Geyer beschäftigten Mitgliedern verboten, das Eisen zu verarbeiten, da es sich um sogenannte Streikarbeit handle. Dies ist aber nicht der Fall, wie aus folgendem hervorgeht: Die Streitigkeiten zwischen der Firma Bruno Heine und ihren Arbeitern sind dadurch entstanden, daß zwei Arbeiter, die infolge eines Rotarbeitsvertrages vorübergehend an ihrer Arbeitsstelle nicht weiterarbeiten konnten, verlangten, daß zwei andere Arbeiter an ihrer Stelle bis zur Befreiung des Defizits zu ihren Gunsten ihre Arbeit verlasen sollten. Herr Heine war damit nicht einverstanden. Aus diesem Grunde verweigerten die beiden Arbeiter die Arbeit und andere schlossen sich ihnen an. Bei den Verhandlungen zwischen Herrn Heine und dem Arbeiterausschuß konnte dieser den angegebenen Grund zur Verweigerung der Arbeit nicht aufrecht erhalten und stellte stattdessen das Ansuchen an Herrn Heine, Löhne nach einem Tarif zu zahlen, der nach gar nicht existierender Herr Heine Löhne dies ab und erklärte die Arbeiter für entlassen, wenn sie aus diesem Grunde die Arbeit verweigerten. Die Arbeiter blieben bei ihrem Standpunkte und die Entlassung trat damit ein. Hiernach liegt ein Streik überhaupt nicht vor und außerdem waren die Arbeiter gar nicht zum Streik berechtigt, da sie nicht einmal den Schlichtungsausschuß angerufen hatten. Dieser hat Herrn Heine auch auf Anfrage bestätigt, daß ein Streik nicht vorliegt. Hinsu kommt, daß der fragliche Auftrag der Firma Otto & Geyer gar nicht wegen des angelegten Streiks erteilt worden ist. Er wäre ihr auch ohne den Eintritt der Differenzen mit den Arbeitern erteilt worden, denn die Firma Heine hatte von der Stadt Magdeburg die schriftliche Mitteilung erhalten, daß ihr keine Kosten zugewiesen werden könnten, so daß sie wegen Kostenmangels die Arbeit nicht selbst ausführen konnte. Sie hat auch sonst solche Arbeiten an auswärtige Firmen vergeben. Nach alledem ist Ihr Verbot an die Arbeiter der Firma Otto & Geyer unbegründet. Ich fordere Sie deshalb auf, bis zum 15. Juni 1920 dafür zu sorgen, daß die Arbeiter der Firma Otto & Geyer die Arbeit an dem Auftrage der Firma Heine aufnehmen. Sollten Sie Ihr Verbot aufrecht erhalten, so würde der Firma Otto & Geyer die Ausführung des Auftrages unmöglich gemacht werden und die Firma Heine müßte ihn anderwärts unterbringen oder Schadenersatz von Ihnen fordern. Sie hätten in diesem Falle der Firma Otto & Geyer den ihr entgangenen Gewinn zu ersetzen und gegebenenfalls auch für jeden weitergehenden Schaden, zum Beispiel denjenigen der Firma Heine aufzukommen. Ich nehme an, daß Sie Ihre Mitglieder nicht einem derartigen Risiko aussetzen werden wollen und sehe Ihrer Entschließung bis zum genannten Tage entgegen. Der Anspruch auf Erstattung meiner Kosten bleibt vorbehalten. Hochachtungsvoll (gez.) Dr. Klein, Rechtsanwalt.“ Dazu wollen wir an dieser Stelle nur bemerken, daß von der Verwaltungstelle Magdeburg die bestimmte Erklärung vorliegt, daß sich die Arbeiterschaft der Firma Bruno Heine im Streik befindet. Die Ortsverwaltung sah den Schritten des Herrn Rechtsanwalt Dr. Klein mit Mißbilligung entgegen. Es wird immer davon geredet, daß die Arbeiter es sind, die das Wirtschaftslieben führen. Lage den Vertretern der nationalen Parteien der Kuppen des Wirtschaftsliebens am Herzen, dann wäre es die Pflicht des nationalen Herrn Rechtsanwalt Dr. Klein, sich zwecks Information einmal mit der zuständigen Instanz in Verbindung zu setzen. Da wäre ihm gesagt worden, daß ein Betriebsratsgesetz existiert und daß auf Grund des Betriebsratsgesetzes der Betriebsrat resp. der Arbeiterrat die Pflicht und die Aufgabe hat, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, und daß es für jeden freiwillig gewählten Menschen selbstverständlich ist, daß es zu einer Gefährdung kommen muß, wenn die Arbeiter gezwungen werden sollen, Streikarbeit zu machen. Die Herren glauben ganz einfach, ihre Zeit sei gekommen, und versuchen nun in plumper Weise die Arbeiterschaft einzuschüchtern. Die Ortsverwaltung hat dem Herrn Rechtsanwalt in nicht mißverständlicher Weise eine schriftliche Antwort gegeben. Eine Kündigung haben wir bis heute nicht erhalten. Jegliches haben wir aber von Magdeburg Magdeburg bekommen, daß der dortige Streik auf dem Wege der Verhandlung beigelegt ist. Damit ist die Gefährdung auch für uns erledigt, hoffentlich auch für Herrn Dr. Klein. Ja, ja, Herr Rechtsanwalt, da haben Sie sich auf ein Verbot begeben, das jedenfalls für Sie keinland ist. Wir Praktiker der Gewerkschaftsbewegung waren von Anfang an überzeugt, daß der nationale Vorkapitalist mit einer eleganten Niederlage enden mußte.

**Essen.** Am Sonntag den 18. Juli fand im Nordpark in Essen die öffentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsjahre Essen, statt. Den Geschäftsbereich vom 2. Quartal 1920 erläuterte der Kollege Wolf. Er sagte aus: Die drohende herannahende Krise, welche schon in der letzten Versammlung besprochen wurde, hat sich verschärft. Die Krise ist gestiegen, dadurch sind die Preise der deutschen Exportwaren über den Weltmarktpreis hinausgehoben und werden somit vom Markt verdrängt. Die Unternehmer benutzen diese Lage als Unterlage und Begründung, schärfere Lohnforderungen der Arbeiterschaft abzulehnen. Man spricht sogar von einem Abwärtssinken der Löhne und das in einer Zeit, wo feststeht, daß von einer Erleichterung der Lebensverhältnisse keine Rede gesprochen werden kann. Die Unternehmer erklären, wenn sie Arbeiter hätten, würden sie genau wie wir versuchen, durch Lohnsenkungen den Preis wieder herbeizuführen. Jetzt müssen sie aber die Forderungen ablehnen, da sie endlich einmal soziale Verhältnisse einrichten müssen. In einem Abwärtssinken der Löhne kann nicht gedacht werden, es sei denn, daß sich die Lebensverhältnisse ganz bedeutend gebessert haben. Gegenwärtig ist aber eine zunehmende Verschlechterung des Reallohnes zu konstatieren. Demgegenüber ist der Profit der Unternehmer jährlings gestiegen. Die Unternehmer haben in einem handlichen ihren Mitgliedern verboten, keinerlei Lohnforderungen mehr zu bewilligen. Dieser Verbot ging vom Arbeitgeberverband aus, der sonst sehr großen Wert auf die Arbeitsgemeinschaft legt. Hier handelt es sich aber nur mit der Arbeiterschaft in Verbindung zu treten. Die Firma Krupp lehnt gleichfalls alle Forderungen der Arbeiterschaft ab. In welchem Grad der Unpopuläre Steuerabzug in Kraft der das Ein-

kommen der Arbeiter wiederum verschlechterte. Auf Grund dessen forderte die Arbeiterschaft eine 10prozentige Lohnerhöhung, Erhöhung des Kindergeldes von 1 auf 2 M. Diese Forderung wurde der Firma Krupp am 24. Juni durch eine gemeinsame Eingabe unterbreitet. Zu dem Steuerabzug ist zu bemerken, daß die Arbeiterschaft keineswegs der Ansicht ist, sich von der Steuerleistung ganz zu drücken; aber die jegliche Art und Weise des Steuerabzuges muß als unsozial bezeichnet werden. Es wäre jedenfalls zweckmäßiger und besser gewesen, wenn das Reich, das zweifellos in schwerer finanzieller Lage ist, die Kriegsgewinne der Kapitalisten reiflos eingezogen hätte. Die Firma Krupp lehnte in den Verhandlungen am 6. Juli und auch am 16. Juli jede weitere Lohnerhöhung ab. Man müsse Rücksicht nehmen auf den Bergbau, auf die Städtevereinigungen und die übrige Industrie und besonders auf die ungünstige Lage der Firma Krupp, die infolge ihrer Fabrikation von Feuermaterial ihre Vertriebe anlässlich des Friedensvertrages von Friedensmaterial umstellen müsse. Es seien tiefe Kapitalien notwendig, um die Betriebe aufrecht zu erhalten. Die Firma wolle aber, um der Not der Arbeiterschaft abzuhelfen, aus den Konsumartikeln der Gussstahlfabrik billige Lebensmittel, Schuhe und Wäsche liefern, die bis unter dem Einkaufspreis rabattmäßig abgegeben werden sollten. Besonders die Löhne der Feuer-, Glasarbeiter, Kranmaschinen und Kettenantriebe bedürfen unbedingt einer Verbesserung, weil denselben nicht Gelegenheit gegeben ist, im Accord mehr zu verdienen. Hierzu erwarten wir die Solidarität der gesamten Belegschaft der Gussstahlfabrik. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband am Mittwoch den 14. Juli verliefen in ähnlicher Form wie bei der Firma Krupp. Auch dort erklärte man, daß die Unternehmer am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt seien und alle weiteren Lohnerhöhungen ablehnen müßten. Im Kleingewerbe ist zunächst der in den letzten Tagen durch die Verhandlungen am Schlichtungsausschuß erledigte Klempnerstreik zu beachten. Auch dort leistete man den berechtigten Forderungen der Arbeiter starken Widerstand und versuchte, eine weitere Lohnstufe von 22 bis 24 Jahren einzuführen. Infolge der strengen Solidarität der gesamten Klempner war es möglich, diese Verschlechterung abzuwenden. Die Löhne sind wie folgt festgelegt: Im 1. Jahre nach der Wehrzeit 4 M., im 2. Jahre 4,50 M., im 3. Jahre 5 M., nach vollendetem 22. Lebensjahre 6,30 M. pro Stunde mit der Gültigkeit ab 2. Juli 1920. Mit dem Schlossergewerbe haben ebenfalls Verhandlungen stattgefunden und auf Grund der Verhandlungen vom 3. Juli 1920 wurden dort folgende Löhne festgelegt: Im 1. Jahre nach der Wehrzeit 3,25 M., im 2. Jahre 4 M., im 3. Jahre 5 M., vom vollendeten 22. bis 24. Lebensjahre 5,50 M., vom vollendeten 24. Lebensjahre Unverheiratete 6 M., Verheiratete 6,30 M. pro Stunde. Die Urlaubsfrage wurde dahingehend geregelt, daß nach einjähriger Beschäftigungsdauer 3 Tage, nach jedem weiteren Jahr ein weiterer Tag Urlaub bis zum Höchstbetrage von 8 Tagen gewährt wird. Mit den Unternehmern der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte fanden ebenfalls Verhandlungen statt, in denen die Unternehmer zu den bestehenden Löhnen 15 bis 30 % Lohnerhöhung zustanden, die jedoch seitens der Arbeitervertreter als unzureichend abgelehnt wurden. Die Mitgliederzahl der Essener Verwaltungstelle hat trotz aller ungünstigen Einwirkungen im 2. Quartal eine weitere Steigerung erfahren. Diefelbe betrug am Ende des 1. Quartals 21.200, am Schluss des 2. Quartals 21.600. Den Bericht von der Bezirkskonferenz erläuterte ebenfalls der Kollege Wolf. Er betonte, daß nach dem der Vorstand dem dringenden Bedürfnis der Zeitung des 7. Bezirks zugestimmt habe, der Sitz für den Bezirk von Düsseldorf bis Hamm (Schwermetalle) nach Essen verlegt würde. In den erweiterten Beirat wurden die Kollegen Steinbauer (Essen), Weiler (Dortmund) und Metze (Düsseldorf) gewählt. In die erweiterte Bezirkskommission wurden folgende Kollegen gewählt: Bogt (Sörbe), Schach (Oberhausen), Bräuntal (Gelsenkirchen), Widenstod (Gatingen), Horcher (Duisburg), Schönholzer (Wülpe) und Schmidt (Dortmund). Die Angelegenheit der Zusammenfassung der Betriebsräte muß noch in einer außerordentlichen Generalversammlung besonders behandelt werden. Zu Punkt 4 wurde von dem Kollegen Strögen die Anfrage gestellt, wie die Auszahlung der Bahnhilfe von 20.000 M. an die sozialdemokratischen Parteien erfolgt sei; gegen dieselbe lege er Protest ein.

# Rundschau

## Steuerabzug von Montagegeldern.

Einige Finanzämter fordern die Unternehmer auf, die Entschädigung, welche die sich auf Montage befindlichen Kollegen bekommen, als steuerpflichtiges Einkommen anzugeben. Dies veranlaßte die Vorstandsmitglieder unseres Verbandes Döbeln und Brandes, folgende keine Anfrage im Reichstag einzubringen: „Das Finanzamt Hannover hat die Arbeitgeber angewiesen, die Entschädigung für doppelten Haushalt an außerhalb ihres Wohnorts beschäftigte Monteure als steuerpflichtiges Lohnneinkommen zu berechnen und den Steuerabzug vorzunehmen. Solche Handhabung widerspricht der vom Reichsminister der Finanzen herausgegebenen Anweisung beim Inkrafttreten der neuen Steuergeetze. Montagezulagen sind keine Vergütung für Arbeitsleistung, sondern ein Ersatz für Hausmieten und für Mehraufwendungen, die durch den doppelten Haushalt entstehen. Die Anordnung des Finanzamtes bedeutet mithin Härte und Ungerechtigkeit gegen tausende Arbeiter und Angestellte, die durch ihren Beruf gezwungen werden, an anderen Orten gewerbliche Arbeit zu leisten. Was gebietet die Reichsregierung zu tun, um die Beteiligten vor schwerer Schädigung zu schützen?“

Der Vertreter der Regierung beantwortete die Anfrage wie folgt: „Im Hinblick auf § 9 Nr. 1 und § 34 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 sind Montagezulagen gleichwie sonstige Entschädigungen, die den in privater Dienst oder Auftragsverhältnissen lebenden Personen nach ausdrücklicher Vereinbarung zur Befreiung des durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten Aufwandes gewährt werden, bei der Veranlagung zur Einkommensteuer infolge außer Ansatz zu lassen, als ihr Betrag nicht den erforderlichen Aufwand übersteigt. Inwieweit danach derartige Entschädigungen im Einzelfalle steuerbares Einkommen bilden, ist Aufgabe, die von den zuständigen Veranlagungs- und Rechtsmittelbehörden zu entscheiden ist. Hinsichtlich der Befreiung solcher Entschädigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn ist in dem nunmehr unter dem 28. Juli 1920 erlassenen vorläufigen Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn vom 21. Juli 1920 bestimmt, daß als Arbeitslohn, von dem der Steuerabzug einzubehalten ist, Gehaltsabgaben, welche nach ausdrücklicher Anordnung oder Vereinbarung zur Befreiung des durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten Aufwandes gewährt werden, nicht angesehen werden und demgemäß auch nicht beim Steuerabzug unterworfen werden sollen. Wenn eine Vergütung für Dienstleistung neben dem Arbeitslohn zugleich eine Entschädigung für den durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten Aufwand enthält, soll der Arbeitnehmer berechtigt sein, die Befreiung des Finanzamtes darüber einzufordern, welcher Teil der Vergütung als Arbeitslohn dem Steuerabzug zu unterwerfen ist. Da bei den Montagezulagen regelmäßig eine ausdrückliche Vereinbarung vorliegt, daß sie zur Befreiung des durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten Aufwandes gewährt werden, werden sie demnach dem Abzug vom Arbeitslohn nicht unterworfen sein, ohne daß jedoch hiermit eine Entscheidung darüber getroffen wäre, inwieweit sie demnach bei der endgültigen Veranlagung zur Einkommensteuer als steuerbares Einkommen angesehen sind.“

# Vom Ausland

## Großbritannien.

**Arbeitslosigkeit in den Metall- und verwandten Gewerben.** Von allen gegen Arbeitslosigkeit vertriebenen Arbeitern, deren Zahl am 16. April 1920 4.160.228 betrug, waren zu Ende des 1. Quartals 1.389.922 und zu Ende des 2. Quartals 1.068.445 arbeitslos, das sind 35 und 26 v. H. Nur die Männer allein sind die ent-

sprechenden Verhältniszahlen 3,5 (März) und 2,5 v. H. (Juni), für die Frauen 4,5 und 3,2 v. H. Die Zahlen für die wichtigsten Gewerkegruppen sind wie folgt:

| Gewerbe                                   | Arbeitslos Ende März Ende Juni | v. H. v. H. |
|---|--------------------------------|-------------|
| Schiffbau                                 | 332.000                        | 3,5 3,3     |
| Maschinenbau und Eisenindustrie           | 1.387.000                      | 5,2 3,4     |
| Eisen- und Stahlherzeugung                | 205.083                        | 1,4 0,9     |
| Metallwaren, Geschirre                    | 122.893                        | 2,2 1,8     |
| Elektrische u. wissenschaftl. Instrumente | 62.400                         | 3,8 2,8     |

In den meisten Gewerben ist der Umfang der Arbeitslosigkeit seit Jahresbeginn beständig oder mit geringen Schwankungen zurückgegangen.

Die Gewerkschaften, welche regelmäßig an das Arbeitsministerium in London über die Arbeitslosigkeit berichten, hatten Ende März d. J. 1.567.000 und Ende Juni 1.603.000 Mitglieder, wovon im März 1,1 und im Juni 1,2 v. H. arbeitslos waren. Die berichteten Maschinen- und Schiffbaugewerkschaften hatten Ende März 2,1 und Ende Juni 2 v. H. Arbeitslose, die übrigen Metallarbeitergewerkschaften zu beiden Zeitpunkten 0,5 v. H. Die Umstellung der Kriegsauf die Friedenswirtschaft ist durchaus vollzogen und nur die Rohstoffknappheit verursacht teilweise Betriebs Einschränkungen. J. G.

# Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(B. a. G. Hamburg.)

**Abrechnung über den Unterstüßungs- und Agitationsfonds vom 1. April bis zum 30. Juni 1920.**

**Einnahmen:**

Von Adlershof 80 M., Altenburg 40, Augsburg 200, Baumshuldenweg 52,70, Bergedorf 100, Berlin I 100, Berlin II 200, Berlin IV 100, Berlin VI 150, Berlin VII 255,60, Berlin VIII 50, Berlin IX 200, Berlin X 80, Berlin XI 38,20, Berlin XII 30, Berlin XIII 40, Brehm 40, Bochum 99,70, Bradweide 20, Braunschweig 19, Breslau 300, Buchholz 5, Wüderich 22,20, Charlottenburg 100, Cöln-Nord 28,50, Cöln-Süd 50, Cöln-Ehrenfeld 50, Cöln-Bingst 39, Cöpenick 31,70, Darmstadt 150, Dietrichsdorf 99, Düsseldorf-Bilk 100, Düsseldorf-Wörfernbroich 25, Düsseldorf-Rath 191,70, Düsseldorf-Westen 47, Duisburg-Naar 165, Eising 62, Erfurt 59, Essen V 40, Eutingen 10, Frankfurt-Bodenheim 85, darunter von Mitglied Streichau 5, Friedrichshagen 20, Gaggenau 40, Geestmünde 95, Geislinger 50, Geisweid 49,50, Gmünd (Schwab.) 50, Göttingen 60, Grünau-Waldhof 20, Halle-Süd 100, Haps III 50, Hemmer 38, Höchst a. M. 17, Hochheim 10, Jena 37,50, Karlsruhe 40, Kiel-Gaarden 350, Kirchen 100, Leipzig-Kleinschöcher 40, Lichtenberg I 50, Linden 100, Litz 160, Magdeburg-Mitte Neustadt 25, Magdeburg-Buckau 26, Maßdorf 46,90, Mannheim-Vindenhof 20, Neudorf 500, Neufalz 40, Oberhausen I 19,20, Offenburg i. B. 6, Pantow 170, Ravensburg 10, Reindorf-West 75,40, Rintheim 20, Rosenthal 25, Ruffingen 100, Saarbrücken I 75, Schöneberg 100, Schwerte 80, Stryum 46,30, Tempelhof 130, Unterloden 31, Waldmannslust 35, Wildau 30, Zeitz 50, Einzelmitgl. Winger - 30, Zinsen 101,25, Durch Rühn (Dresden): Dresden-Ott 50, Mügeln 50, Ploßke 30, Deuben 30, Gorbitz 20, Ober-Pestwitz 10, Gesamteinnahmen 6892,65 M.

**Ausgaben:**

An die ausgesteuerten Mitglieder: Müller, A., Annen 80 M., Mehr, R., Rue 75, Ruffe, R., Berlin V 70, Ringel, P., Berlin XI 80, Werner, Th., Berlin XII 80, Güber, R., Dresden-Mit 80, Dreier, Fr., Dresden-Mit 80, Gimmans, G., Dresden-Trachau 80, Kieger, A., Dresden-Altbau 90, Rehder, J., Dietrichsdorf 80, Koch, Fr., Göttingen 60, Beh, W., Jena 82,60, Eggert, R., Kiel-Gaarden 80, Busch, Ch., Kiel-Gaarden 100, Schmiedel, W., Limbach 80, Wüner, A., Friedrichshagen II 80, Schürmann, R., Magdeburg-Neue Neustadt 70, Fruth, Ch., Magdeburg-Sudenburg 70, Kamuff, Fr., Mannheim-Käferthal 70, Reblisch, M., Neudorf 100, Budow, Fr., Niederschöne-weide 80, Otto, Niederschöne-weide 90, Kuchinke, A., Oberhausen I 80, Juchs, A., Pantow 80, Goppertath, S., Ruffingen 80, Weffels, G., Ruffingen 80, Bedmann, M., Schöneberg 80, Kaiser, R., Schwerte 80, Grebe, D., Siegen I 80, Kirsch, A., Sieglitz 50, Lang, J., Urberach 80, Olbrich, W., Urberach 70, Jech, W., Halle-Süd 80. An die Hinterbliebenen von 19 im Felde gefallenen Mitgliedern 1110, Porto 30, Verwaltung 1/2 Jahr 300. An die Witwe des verstorbenen Vizebeamten M. Jahrmahl 75, Fahrgehalt an die Revision 280, Gesamtausgaben 4115,40 M.

**Bilanz:**

|                                |            |
|--------------------------------|------------|
| Einnahmen                      | 6892,65 M. |
| Ausgaben                       | 4115,40    |
| Mehreinnahmen                  | 2777,25 M. |
| Rassenbestand am 31. März 1920 | 98461,30   |
| „ „ 30. Juni 1920              | 99288,55   |

Berlin, den 7. Juli 1920. Geprüft und für richtig befunden. Die Revisoren: Josef Bielow, Paul Riebig.

# Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke werde man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

**Kommentar zum Reichsverfassungsgesetz.** Von Hermann Müller. Preis 7 M. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

**Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte.** Heft 1 (Nachtrag): Die Wahlordnung zum Gesetz über Betriebsräte nebst Anhang. Preis 50 H. — Heft 2: Der Betriebsbeamte im Kleinbetrieb. Gemeinverständliche Darstellung und Erläuterung aller den Obmann betreffenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und der Wahlordnung. Von Rudolf Wolf, Arbeitsekretär in Königsberg i. Pr. Preis 2,50 M. — Heft 3: Der Mieterschutz. Ausführliche Erläuterungen der geltenden Mieterschutzgesetzgebung, insbesondere der Höchstmietverordnung vom 9. Dezember 1919. Von Dr. Paul Herr und Dr. Kurt Borchheim. Preis 4 M. — Heft 4: Das Reichswahlgesetz mit Wahlkreis-einteilung und Wahlordnung. Erläutert von Emil Eichhorn. Preis 4 M. Zu beziehen durch Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin E 2, Abteilung Buchhandlung, Breitestr. 8/9.

**Das Kapital.** Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Gemeinverständliche Ausgabe besorgt von Julian Borchardt. Preis 11,40 M. Verlag Neuenhütter Buchverlag, Berlin-Schöneberg, Wartburgstr. 32.

**Der Zukunftsstaat.** Produktion und Konsum im Sozialstaat. Von Professor Dr. Karl Ballod (Atlantida). Dritte neu bearbeitete Auflage. Preis 12 M. Verlag von F. G. W. Dieck Nachf., G. m. b. H., Stuttgart.

**Wörterbuch Judo-Deutsch.** Von Karl Janz. Preis 12 Kronen. Angenbrüber-Verlag, Wien X. 64 Seiten.

# Anzeigen

Zuschriften betr. die Arbeitslosigkeit sind niemals an die Redaktion, sondern an die interessierte Firma selbst, bei Geschäftsveränderungen stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.

**Reifschmiede, Zuschläger, Schmiede** gesucht. Wohnung vorhanden. Berlin-Burger-Eisenwerk, A.-G., Burg 6, Magdeburg.

**Zieler, Carl** auf Kunsthöfen per sofort gesucht von Carl Postath, Ergiekeri Schönehauser, Oberhausen.

Druck und Verlag von Alexander Schlicht & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rotestraße 16 B.